

BACKBORD

Frühjahr/Sommer 2024

**WAS
KÖNNEN WIR TUN
GEGEN
RECHTS?**



NAZIS RAUS

**AfD & Co. bedrohen
unsere Demokratie.
Zeit, sich zu wehren!**

Desaster mit Ansage: Der Elbtower und andere Ruinen

Seite 4

Aus für Sozialkaufhäuser: Kahlschlag in Hamburg

Seite 6

Voller Einsatz in der Bürgerschaft: Für wen DIE LINKE kämpft

Seite 8

Die Linke

Fraktion Hamburg

EDITORIAL

“

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,

es ist wirklich haarsträubend, was die AfD in der Bürgerschaft so von sich gibt. Wirkliche Probleme wie der Klimawandel werden einfach geleugnet. Und an allem anderen sind meist irgendwie „die Flüchtlinge“ schuld. An echter Parlamentsarbeit sind die rechten Abgeordneten hingegen weniger interessiert. In den Ausschüssen arbeiten sie kaum mit. Erst in den großen Sitzungen drehen sie dann auf. Klar, das kann man ja schön bei Tiktok posten. AfD im Parlament? Braucht kein Mensch!

Zum Glück gibt es einen Weg, sie loszuwerden: Wahlen! Wenn genügend Vernünftige woanders ihr Kreuz machen, fliegen die Rechten wieder raus. Unrealistisch? Nicht unbedingt! Dass kürzlich 180.000 Leute in Hamburg gegen Rechts auf die Straße gehen würden, hätte auch erst niemand gedacht. Wenn die alle nun ebenso in Scharen wählen gehen würden? Und andere ebenfalls davon überzeugen? Gleich schon am 9. Juni, bei der Wahl zum EU-Parlament und in Hamburgs Bezirken?

Wie auf der Straße gilt auch bei Wahlen: Die Masse macht's! Jede Stimme für eine demokratische Partei ist eine Stimme gegen die AfD. Wer aber nicht zur Wahl geht, überlässt den Rechten das Feld.

Herzlich, Cansu Özdemir und Sabine Boeddinghaus

(Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft)



DER KAMPF GEGEN DIE AfD

SO BESIEGEN WIR DIE RECHTEN**Hunderttausende gehen gegen AfD und Co. auf die Straße. Doch was können wir darüber hinaus tun? Wie lässt sich der Vormarsch von Verfassungsfeinden stoppen?**

Wahlumfragen? Die lassen gerade gruseln: Wie aufgebläht werden die Werte der AfD denn noch? Und Wahlergebnisse? Machen Angst: Ist es wirklich möglich, dass erstmals seit 1945 wieder eine rechtsradikale Partei nach der Macht greift?

Gerade mal elf Jahre gibt es die AfD. Elf Jahre, die das Polit-Klima vergiftet haben. Anfangs waren da neoliberale Professoren und ihr Traum vom ungebremsten Egoismus in der Wirtschaft, im

länger, geht auf die Straße – zu Zehntausenden, zu Hunderttausenden, in Kleinstädten genau wie in den Metropolen. Ihr Ziel: Nazis raus!

Schweigen ist längst keine Option mehr: Wir müssen handeln. Wie denn? Erstmal: **Wählen gehen!** Alternativen zu dieser „Alternative“ gibt's genug und wir LINKEN sind da klarer als alle anderen: Mit uns geht's keinen Millimeter nach rechts! Wir kämpfen für soziale und ökologische Antworten auf die Krisen unserer Tage – ohne Abschiebe-Pläne, ohne Anbiestern! Und sonst?



Die riesigen Demos in Dutzenden deutscher Städte zeigen: Es gibt Widerstand gegen den rechten Durchmarsch

Sozialen. Doch mit jeder Häutung kam mehr vom braunen Marken-Kern zum Vorschein. Übrig blieben schließlich Schreihälse wie Beatrix von Storch. Und ein Nazi wie Björn Höcke, der die Partei nach Gusto umbauen konnte und heute frei waltet. Die AfD war die Partei der Wutbürger, dann der Reichsbürger und jetzt ist sie allererste Wahl für alte und neue Rechtsradikale.

Was da Anfang des Jahres bekannt wurde über das Treffen von Potsdam mit seinen „Remigrations“-Plänen, war daher eigentlich nichts Neues. Antirassistische Initiativen schlagen seit Jahren Alarm – weil die AfD dort, wo sie Einfluss gewinnt, eine Trümmerwüste hinterlässt, weil ihre Fans nicht nur hetzen, sondern auch zuschlagen oder sogar schon mal gemordet haben – in Idar-Oberstein. Fest steht: Die AfD ist keine konservativ-bürgerliche Partei, keine Stimme für die „schweigende Mehrheit“. Sie ist brandgefährlich und die Mehrheit schweigt nicht

Widersprechen! Auf der Straße, denn der Hass hat keine Mehrheit. **Im Bekanntenkreis**, wenn AfD-Sprüche geklopft werden. In den Parlamenten: Die vielzitierte Brandmauer bröckelt immer dann, wenn CDU oder FDP in Parlamenten mit Mehrheiten dank der AfD kokettieren oder der SPD-Kanzler „im großen Stil abschieben“ will. **Widersprechen auch in den sozialen Medien**. Denn ohne die Resonanzräume Twitter/X & Tiktok wäre ein Durchmarsch der AfD gar nicht denkbar.

Und noch was: Hamburgs Linksfraktion hat Ende Februar in der Bürgerschaft gefordert, die AfD zu verbieten. Weil sie menschenfeindliche Politik vertritt. Und weil jeder neue Wahlsieg der AfD mehr Steuergelder beschert für rechte Strukturen, rechte Hetze und für die Abwicklung unserer Freiheiten. Unsere Demokratie leistet sich gerade hilflos die Finanzierung ihrer größten Feinde. Und das darf niemanden kalt lassen!



Was tun gegen Rechts?

Wir haben für „Backbord“ einige Initiativen gefragt. Ihre Antworten:



Als Gesellschaft stehen wir vor großen Herausforderungen. Manchmal erscheint die Zukunft ungewiss. Diese Unsicherheiten beantworten wir als Gewerkschaften mit Lohnsteigerungen, Tarifbindung, sozialer Sicherheit und starken Arbeitnehmer*innen-rechten. Betriebliche Mitbestimmung ist darin zentral, denn Demokratie endet nicht am Betriebstor. Wir kämpfen für jede und jeden, wir lassen niemanden zurück. Wir kämpfen um und für unsere Demokratie. Und das ist es, was uns so fundamental von der AfD unterscheidet. Die AfD ist der Feind der Arbeiter*innen. Sie steht gegen alles, wofür wir kämpfen.

Tanja Chawla, Vorsitzende DGB Hamburg

Die AfD ist eine Partei, die die Gesellschaft spaltet, ein völkisches Weltbild vertritt, Emanzipation verteufelt, den Klimawandel leugnet und die Spaltung zwischen Arm und Reich weiter vorantreibt. Als HBGR treten wir der extremen Rechten immer dort entgegen, wo sie auftritt. Und wir sagen heute: Wer es mit dem Kampf gegen die AfD ernst meint, muss sie und ihre Jugendorganisation auf allen Ebenen boykottieren. Zur bitteren Wahrheit gehört auch: Wir erleben aktuell einen gesellschaftlichen Rechtsruck, der über die AfD hinausgeht und auch von anderen Parteien aktiv angefeuert wird.

HAMBURGER BÜNDNIS GEGEN RECHTS



Seit 2018 kämpfen wir OMAS GEGEN RECHTS gegen die erstarkenden rechten Kräfte. In der AfD und ihren ideologischen Handlangern sehen wir die Hauptgefahr für unsere Demokratie, da diese eine völlig andere, eine autoritäre Staats- und Gesellschaftsform an die Stelle unserer demokratischen Grundordnung errichten wollen. Wenn jetzt Hunderttausende gegen die menschenverachtenden Pläne der extremen Rechten auf die Straße gehen, ist das für uns OMAS GEGEN RECHTS eine wichtige Etappe auf unserem Weg. Wir OMAS GEGEN RECHTS werden mit unserer Methode der Nadelstiche fortfahren und immer dort, wo wir von dem Versuch der Einflussnahme rechter Kräfte erfahren, zeitnah, unter ihren Augen und in aller Öffentlichkeit



Präsenz zeigen und dabei alle legalen Mittel ausschöpfen. Dabei werden wir immer mehr und bleiben laut.

OMAS GEGEN RECHTS

Wer faschistische Netzwerke zerschlagen will, muss mit der Einleitung eines AfD-Verbots beginnen. Solange die AfD nicht verboten ist, wird sie weiter Hass und Hetze in Parlamente, Talkshows und „Sommerinterviews“ tragen und kann tausende Mitarbeiter*innen aus der gesamten „Breite“ des neofaschistischen und nationalsozialistischen Sumpfs beschäftigen, die letzten Endes am „Systemwechsel“ arbeiten.

Deshalb haben wir Material zu unserer Forderung „AfD-Verbot jetzt!“ erstellt, das auch in unserem Shop bestellt werden kann. Natürlich gehört dazu die politische Auseinandersetzung: Der völkisch-reaktionären Propaganda der AfD den Entwurf einer modernen, offenen, solidarischen Gesellschaft gegenüberzustellen statt ihre Themen aufzugreifen und ihre Forderungen umzusetzen. Diese Auseinandersetzung erwarten wir von allen demokratischen Parteien und wünschen uns, dass DIE LINKE „nach Wagenknecht“ da stark wird. Was wir nicht brauchen ist weitere Aufrüstung zulasten der Armen, Kranken, Alten, der Bildung und des Klimas!

Cornelia Kerth, Vorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA)



Reale soziale Unsicherheit und Belastung, wie Wohnungsknappheit, hohe Lebenshaltungskosten und Arbeitsverdichtung, machen viele Menschen empfänglich für Konkurrenzdenken und Feindseligkeit. Wenn wir es schaffen, uns in dieser Zeit nicht gegeneinander ausspielen zu lassen und nicht zu entsolidarisieren, dann können wir eine starke gemeinsame Bewegung für ein gutes Leben für alle aufbauen. Solidarität und der gemeinsame Kampf für eine soziale Gesellschaft sind unsere beste Waffe gegen den Erfolg der Rechten.

Emre Ögüt, Vorsitzender der Föderation demokratischer Arbeitervereine e.V. (DIDF)

Alles, nur nicht harmlos: Hamburgs AfD ist keinen Deut anders



Alles Biedermänner! AfD-Chef Dirk Nockemann gibt sich gern bürgerlich – und kam damit lange durch. Bis bekannt wurde, dass er selbst sich 2018 mit Rechts-extremisten traf, dass sein Vize Alexander Wolf sich unter rechtsextremen Burschenschaftlern tummelt und ein Buch mit Nazi-Liedern herausgab. Dass mit Nicole Jordan und Olga Petersen die einzigen Hamburger AfD-Frontfrauen Fans von Hardcore-Höcke sind. Und dass die Bürgerschaftsfraktion bei der Auswahl der Mitarbeiter ein ganz schlechtes Händchen hat: Der Pressesprecher rannte bei einem Nazi-Marsch in Dresden mit, sein Stellvertreter zeigte sich bei der „Identitären Bewegung“ und der Geschäftsführer ist ein verurteilter Betrüger. Hamburgs AfD ist längst voller politischer Brandstifter.

HAMBURG ALS BEUTE

WIE GROSSKONZERNE UND UNSERE STADT VERSCHAND

Sie bauen ohne Rücksicht auf die Nachbarschaft, sie kaufen Grundstücke zu reinen Spekulationszwecken, sie hinterlassen Ruine

Hamburg ist für viele die schönste Stadt der Welt. Gleichzeitig ist Hamburg ein Eldorado für Immobilienunternehmen, die hoffen, an der Elbe aus Geld noch mehr Geld zu machen. Allzu oft sind die Gelackmeierten die Menschen, die hier leben. Die dazu gezwungen sind, für ein Dach über dem Kopf große Teile ihres Einkommens herzugeben. Und die zusehen müssen, wie Orte der Kultur und des Zusammenlebens einfach plattgemacht werden. Und das nicht selten mit tatkräftiger Unterstützung aus dem Rathaus.

Das Holsten-Areal

Jahrzehntelang wurde an der Holstenstraße Bier gebraut, jetzt erstreckt sich hier eine Trümmervüste. Als der Carlsberg-Konzern 2016 ankündigte, den Standort aufgeben zu wollen, verzichtete die Stadt auf ihr Vorkaufsrecht für das Gelände. Die Folge: Statt dringend benötigter neuer Wohnungen ist hier ein gigantisches Spekulationsobjekt entstanden. Lokale Wohnungsunternehmen boten 50 Millionen, Carlsberg verkaufte hingegen für 153 Millionen. 2019 übernahm die Adler-Gruppe das Gelände dann sogar für satte 320 Millionen Euro. Adler steckt mittlerweile tief in der Krise. Pläne, das Holsten-Areal im Verbund von der SAGA und der Immobilienfirma Quantum zu kaufen, scheiterten bisher am hohen Preis. Und auch wenn eine Einigung zustande kommen sollte: Von den geplanten 1.200 Wohnungen soll

nur ein kleiner Teil von der SAGA realisiert und damit bezahlbar werden. Mindestens 700 Wohnungen würden für Menschen mit normalem Einkommen jegliches Budget sprengen. Und das alles, weil der damalige Olaf-Scholz-Senat mit seinem Verzicht aufs Vorkaufsrecht der Bodenspekulation in Altona Tür und Tor geöffnet hatte.

Der Elbtower

Er sollte das neue Wahrzeichen Hamburgs werden, jetzt dokumentiert an den Elbbrücken eine hundert Meter hohe Bauruine das Versagen des Hamburger Senats. 2018 erhielt die Signa-Gruppe des windigen österreichischen Immobilienunternehmers René Benko den Zuschlag für das Grundstück. Ab Anfang 2023, die Arbeiten liefen schon auf Hochtouren, brach dann das Konstrukt zum Bau des Turms wie ein Kartenhaus

zusammen. Kreditgebende Banken sprangen ab. Signa meldete Insolvenz an. Die Baufirma Lupp stellte im Oktober 2023 die Arbeiten ein und blieb auf 37 Millionen Euro Kosten sitzen. Im Februar 2024 erklärte die Hamburg Commercial Bank, aus dem Mietvertrag für mehrere Etagen auszusteigen. Und es kommt noch dicker: Entgegen der Beteuerungen des Senats, einen für die Stadt vorteilhaften und sicheren Kaufvertrag abgeschlossen zu haben, stellt sich jetzt heraus: Hamburg sind im Fall einer Pleite von Signa die Hände gebunden. Ein Wiederkaufsrecht für das Grundstück hat die Stadt erst, nachdem der Elbtower fertig gebaut ist – wenn es denn jemals dazu kommt. Wer auch immer den „kurzen Olaf“ kauft, hat ein enormes Druckpotenzial, um Geld für den Weiterbau oder den Abriss von der Stadt zu erpressen.

Die Sternbrücke

Sie war eine Hamburger Besonderheit: Die Sternbrücke bot einem Biotop aus Kneipen, Musikclubs und Kleingewerbe Unterschlupf. Weil die Brücke in die Jahre gekommen und marode ist und die Verkehrsbehörde die Stresemannstraße darunter vierspurig machen möchte, kommt jetzt der Abriss. Der Ersatz: eine 26 Meter hohe „Monsterbrücke“. Dafür verschwinden nicht nur die Kasematten unter der Sternbrücke, auch umliegende teils denkmalgeschützte Häuser und wertvolle Bäume werden plattgemacht. Alternativen wurden nicht in Erwägung gezogen: weder eine Sanierung der Stern-



Hier wird gerade an den Interessen der Menschen vorbei geplant: Holsten-Areal, Elbtower, Sternbrücke, Molotow (v.l.n.r.)

KURZ VORGESTELLT

SENAT ELN

Senat: Für Immobilienhaie ist Hamburg eine Goldgrube

Brücke, noch Entwürfe, bei denen weniger Häuser abgerissen werden müssten und die sogar günstiger wären. Und zu keinem Zeitpunkt wurde infrage gestellt, ob die Stresemannstraße dort wirklich vierspurig sein muss. Anwohner*innen wurden nicht beteiligt. Und so zerstören jetzt die Deutsche Bahn und der grüne Verkehrssenator gegen breiten Widerstand aus der Nachbarschaft und der Kulturszene einen einmaligen Ort.

Das Molotow

Es ist eine Institution in der Hamburger Musiklandschaft: Das Molotow gibt es seit 1990 an der Reeperbahn. Bis 2013 hatte der Club in den Esso-Häusern sein Zuhause, als diese abgerissen wurden, musste das Molotow umziehen. Ende 2014 konnte der Club ein Gebäude an der Westseite der Reeperbahn anmieten. Ende 2023 kam dann die Kündigung: Weil die Lindner-Gruppe dort ein „Boutique-Hotel“ errichten möchte, muss das Molotow weichen. Dann heißt es hier: Schlafen statt Livemusik – und das ausgerechnet auf der Reeperbahn! Für den Erhalt des Molotows demonstrierten zum Jahreswechsel über 5.000 Menschen. Der Hamburger Senat gab sich schockiert über die Kündigung und erklärte, von Anfang an mit dem Investor des Gebäudes im „konstruktiven Gespräch“ gewesen zu sein – hat sich aber offenbar von ihm an der Nase herumführen lassen.

Was kann und muss Hamburg tun?

Eine andere Stadtentwicklung ist möglich. Der Hamburger Senat ist nicht verpflichtet, unsere Stadt Investor*innen auszuliefern, die Grundstücke jahrelang brach liegen lassen, überbeuerte Wohnungen bauen und Kultur durch Hotels ersetzen. Die Stadt muss das Vorkaufsrecht konsequent nutzen, um zu verhindern, dass Grundstücke in die Hände profitorientierter Unternehmen fallen. Das Baurecht bietet Möglichkeiten, leerstehende Flächen wie das Holstenareal den Spekulant*innen zu entreißen. Die Reeperbahn braucht kein weiteres Hotel, sondern lebendige, bezahlbare Kultur: Hamburg muss den Bau stoppen! Die Sternbrücke könnte ein lebendiger Ort bleiben, wenn es die Bereitschaft gäbe, Alternativen zur „Monsterbrücke“ wenigstens zu prüfen. Anstatt das nächste Leuchtturmprojekt zu planen, sollte der Hamburger Senat das nächste Mal besser mal die Menschen in der Stadt nach ihren Wünschen fragen.



HEIKE SUDMANN

Sprecherin für Verkehr, Wohnen, Stadtentwicklung und Sport

» Stadtplanerin » 62 Jahre alt
» seit 2011 in der Bürgerschaft



Was hat Dich in die Politik gebracht? Gab es ein Schlüsselerlebnis?

Nicht einen Schlüssel, sondern ein ganzes Schlüsselbund. Maßgeblich war mein ausgeprägter Gerechtigkeitssinn. Der brachte mich früh in die Gewerkschaft. Dort politisiert, war es nur noch ein kurzer Weg in die Stadt(teil)politik.

Was möchtest Du erreichen in der Bürgerschaft?

Die Stimmen und Interessen der Vielen, die nicht durch einflussreiche Lobbyverbände vertreten werden, sollen durch meine Arbeit gehört werden und sich auch durchsetzen können. Da bin ich doch gern der verlängerte Arm.

Was ärgert Dich am meisten an der Hamburger Politik?

Der Rechtsruck. Solange SPD, Grüne und CDU auf die Geschichten der AfD aufspringen, Geflüchtete, Erwerbslose und andere nicht in ihr Weltbild passende Menschen zu Sündenböcken machen, wird es keine Brandmauer gegen Rechtsextreme geben.

heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de
040 42831-2386

DAVID STOOP

Sprecher für Gewerkschaftspolitik, Haushalt, öffentlicher Dienst, Europa und Frieden

» Pädagogischer Mitarbeiter
» 40 Jahre alt » verheiratet
» seit 2020 in der Bürgerschaft



Was hat Dich in die Politik gebracht? Gab es ein Schlüsselerlebnis?

Als Schüler war die Opposition gegen den völkerrechtswidrigen Krieg der USA im Irak für mich sehr wichtig, ganz schnell kam dann das gewerkschaftliche Engagement sowie soziale Fragen dazu.

Was möchtest Du erreichen in der Bürgerschaft?

Ich setze mich als Abgeordneter in erster Linie für soziale Gerechtigkeit ein. Deshalb bin ich ja auch bei den LINKEN. So viel Armut in einer reichen Stadt wie Hamburg: Das ist einfach ein Skandal.

Was ärgert Dich am meisten an der Hamburger Politik?

Am meisten regt mich die Ignoranz der Herrschenden auf, sowohl der Reichen, als auch der Regierungsparteien. Die nehmen die Realität in der Stadt zum Teil gar nicht wahr und reden sich alles schön, anstatt was gegen Missstände zu unternehmen.

david.stoop@linksfraktion-hamburg.de
040 42831-2250

SOZIALKAUFHÄUSER & CO.

DER KLAMMHEIMLICHE KAHLSCHLAG

Dutzende soziale Projekte kämpfen ums Überleben, weil ihnen der Geldhahn zugedreht wurde. Es sind vergleichsweise kleine Summen, die da eingespart werden, doch die Folgen für die Menschen und die Stadtteile sind katastrophal

So richtig begreifen können Julia Wilkens und Dirk Nengal es immer noch nicht, dass es jetzt vorbei sein soll. Auch wenn es schon ein paar Wochen her ist, dass sie zum letzten Mal die Tür der „Naturwerkstatt Wilhelmsburg“ hinter sich geschlossen haben. „Das war ja nicht irgendein Job. Das war unser Baby. Mit so vielen coolen Leuten, mit so viel Herzblut“, sagt Wilkens. Jetzt stehen die Räume leer und sind

25 Menschen arbeiteten dort unter der Anleitung von Wilkens und Nengal, die meisten zuvor lange arbeitslos. Auf dem normalen Arbeitsmarkt hatten sie keine Perspektive, beschäftigt wurden sie in „Arbeits-

Finanzminister Christian Lindner (FDP) den Behörden brutales Kürzen. Allein in Hamburg wurden 800 Arbeitsgelegenheiten gestrichen – von 1.600 insgesamt, also jede zweite Stelle. Mehr als 30 Einrichtungen standen auf einmal ohne dringend benötigtes Personal da, neben Sozialkaufhäusern auch Beratungsstellen und andere soziale Projekte.

Zwar formierte sich auf der Straße Widerstand. Leute aus der Nachbarschaft, die Gruppe „Wilhelmsburg solidarisch“ und natürlich auch DIE LINKE protestierten. Doch die Regierenden im Bezirk und im Senat erklärten sich für nicht zuständig, zeigten



zur Neuvermietung ausgeschrieben. Und Wilkens und Nengal haben keine Arbeit mehr.

Jahrelang gehörten die beiden zum Leitungsteam der „Spenda Bel Naturwerkstatt“ am Veringhof in Wilhelmsburg. „Mode, Möbel und mehr“ hatte auf dem Schild an der Tür gestanden. Ein ganz besonderer Laden war das. Einer für Leute, die wenig Geld haben. Von Leuten, die wenig Geld haben. Ein Sozialkaufhaus. In vielen Städten gibt es solche öffentlich geförderten Projekte. Einkaufen dürfen dort nur Menschen, die ein nachgewiesenermaßen geringes Einkommen haben. Verkauft werden Produkte, die meist aus Spenden stammen. In Wilhelmsburg waren das in erster Linie Möbel und Kleidung, die in eigenen Werkstätten für den Verkauf repariert und aufbereitet wurden.

gelegheiten“. Nicht regulär angestellt, sondern stets nur befristet für jeweils ein Jahr. Für 2 Euro pro Stunde. Und trotzdem offenbar noch zu teuer.

Denn genau diese „Arbeitsgelegenheiten“ sind es, die jetzt in Massen abgeschafft wurden. Nicht nur, aber auch in Hamburg. Im vergangenen Jahr hatte die Berliner Ampel-Koalition ein riesiges Haushaltsloch entdeckt. Daraufhin verordnete

immer nur auf die Bundesregierung. Dabei ist ja genau das das Problem, wie Olga Fritzsche von der Bürgerschaftsfraktion der LINKEN erklärt: „Hätte Hamburg sich um eine ordentliche Finanzierung gekümmert und nicht alles über die Arbeitsgelegenheiten laufen lassen, hätte uns der Sparhammer jetzt nicht getroffen.“

Fritzsche und DIE LINKE fordern deshalb, die Rettung der bedrohten Einrichtungen mit Hamburger Mitteln zu leisten und langfristig auf ein gesicher-

MELDUNGEN

AUS DEN BEZIRKEN



Dirk Nengal und Julia Wilkens arbeiteten in der Naturwerkstatt Wilhelmsburg – auch ihre Jobs wurden ersatzlos gestrichen

tes Fundament zu stellen. Nicht mit 2-Euro-Almosen, sondern als vernünftig bezahlte, sichere Stellen. Denn betroffen sind ja nicht nur die Beschäftigten, die ihre Jobs verlieren. Sondern auch diejenigen, die auf die Einkaufsmöglichkeit angewiesen waren. Menschen, die sich keine Shopping-Tour auf der Mönckebergstraße leisten können. Für die das Sozialkaufhaus ein Anlaufstelle, ein Treffpunkt im Viertel war.

„Die Streichungen treffen die Allerschwächsten“, sagt Nengal. „Die Leute, die bei uns gearbeitet haben, waren hochmotiviert. Die Arbeit hat ihnen so gut getan. Eine Struktur gegeben, Wertschätzung, Stolz.“ Manchen habe man richtig ansehen können, wie sie aufgeblüht sind. Vielen ging es besser durch den Job, auch gesundheitlich. Nengal: „Ich bin sicher: Jeder Euro, der da reingeflossen ist, hat sich 3x bezahlt gemacht.“

Was DIE LINKE ändern will

kurzfristig übergangsweise alle betroffenen Angebote mit Mitteln der Sozialbehörde retten

wo möglich Arbeitsgelegenheiten in sozialversicherungspflichtige Jobs umwandeln, wenn nötig mit der notwendigen Begleitung für Beschäftigte, die Zugangsprobleme haben

Hamburgs Bezirke in die Lage versetzen, die soziale Infrastruktur dauerhaft aus eigenen Mitteln zu bestreiten und nicht mehr über die Jobcenter

2.000 zusätzliche geförderte Stellen über das Teilhabechancengesetz schaffen

den sozialen Arbeitsmarkt ausbauen, um Langzeiterwerbslosen und bei eingeschränkter Erwerbsfähigkeit neue Chancen zu eröffnen

EIMSBÜTTEL

Kampf gegen den Leerstand

Hier könnten Menschen wohnen“: Solche Schilder waren in den vergangenen Wochen überall in Eimsbüttel zu sehen. Aufgestellt hatte sie DIE LINKE vor lange leerstehenden Häusern. Dafür hatten die Aktivist*innen im Vorfeld 170 Adressen überprüft, die unter www.leerstandsmelder.de gemeldet worden waren. Mindestens 60 davon waren dem Bezirksamt zuvor unbekannt und wurden nun durch die von der Eimsbütteler Linksfraktion begleitete Aktion öffentlich.

MITTE

Ein Gesundheitszentrum für Billstedt

Die kinderärztliche Versorgung im Osten Hamburgs war ohnehin schon problematisch – nun soll in Billstedt eine weitere Praxis schließen. Um die Kinder trotzdem im Stadtteil medizinisch betreuen zu können, setzt sich DIE LINKE für ein kommunales Gesundheitszentrum mit Kinderarzt-Praxis ein. Bremen plant so etwas schon für Stadtteile, in denen der Bedarf da ist und der Markt eben nicht einfach regelt. Doch während SPD und Grüne die Idee dort mittragen, scheinen sie in Hamburg noch nicht so weit zu sein: In der Bürgerschaft stimmten sie zunächst dagegen. DIE LINKE bleibt trotzdem dran.

ALTONA

Ein neues Frauenhaus muss her

Der Bedarf ist bedrückend, Plätze sind knapp: Hamburgs Frauenhäuser sind am Limit. Unsere Altonaer Bezirksfraktion forderte daher einen weiteren Standort im Westen der Stadt – zunächst mit Erfolg: Im September stimmte die Bezirksversammlung Altona dem Antrag der LINKEN zu. Dann aber zeigte Hamburgs Sozialbehörde den hilfeschenden Frauen die kalte Schulter und stoppte das Projekt – mit fadenscheinigen Begründungen. Cansu Özdemir, frauenpolitische Sprecherin unserer Bürgerschaftsfraktion: „Dieses Zahlengetrickse ist unmenschlich und im schlimmsten Falle lebensbedrohlich.“ Aufgeben kommt deshalb nicht in Frage.

PARLAMENTSARBEIT

VOLLER EINSATZ IN DER BÜRGERSCHAFT...

Sich stark machen für diejenigen, die in der Politik sonst wenig Gehör finden: Das ist der Anspruch der Abgeordneten der LINKEN. Was das im Alltag konkret heißt? Ein paar Beispiele für Anträge, die wir in letzter Zeit gestellt haben

...für Kinder und Jugendliche: KiJu-Karte für alle unter 18!

Antrag 22/9306

„Kinderrechte umsetzen: Mit der Einführung einer KiJu-Karte Teilhabe ermöglichen“

Das ist das Problem:

Kinder aus Familien mit wenig Geld können sich Kultur, Sport und Mobilität oftmals nicht leisten.

Das ist unser Vorschlag:

Mit der KiJu-Karte für alle unter 18 wollen wir kostenlose Kultur und Mobilität auch für Unter-18-Jährige ohne Geld erreichen.



...für Arbeitnehmer*innen: Moderne Arbeitszeitmodelle!

Antrag 22/13475

„Einstieg in die Vier-Tage-Woche in Hamburg wagen“

Das ist das Problem:

Laut Umfragen wollen die meisten Arbeitnehmer*innen mehr Zeit für Familie und Freizeit. Doch die Arbeitswelt ist nicht darauf eingestellt.

Das ist unser Vorschlag:

In einem Modellprojekt sollen Firmen Erfahrungen mit der Vier-Tage-Woche machen. Das Ganze soll dann wissenschaftlich ausgewertet werden.



...für Studierende: Auch ohne Abi an die Uni

Antrag 22/11588

„Soziale Gerechtigkeit beim Hochschulzugang durchsetzen“

Das ist das Problem:

Für Kinder aus armen Familien ist es schwieriger zu studieren als für Reiche. Das liegt unter anderem am ungerechten Schulsystem.

Das ist unser Vorschlag:

Die Hochschulen sollen sich für Interessierte ohne Abitur öffnen. Unter ihnen finden sich viele Talente!



...für Auszubildende: Engagierte Firmen unterstützen

Antrag 22/12674

„Ausbildungsunternehmen in Hamburg stärken – Wege zur Ausbildungsumlage beschließen“

Das ist das Problem:

Viele Branchen klagen über Fachkräftemangel. Das liegt auch daran, dass es zu wenige Ausbildungsplätze gibt!

Das ist unser Vorschlag:

Unternehmen, die nicht ausbilden, sollen eine Ausbildungsumlage bezahlen, die Firmen zugute kommt, die viel ausbilden. Das würde mehr und bessere Ausbildungsplätze schaffen!



...für Mieter*innen: Erhöhungen stoppen

Antrag 22/13316

„Mietenstopp: Bei der SAGA in Hamburg endlich anfangen“

Das ist das Problem:

Die Mieten in Hamburg steigen noch immer praktisch ungebremst. Der Senat weigert sich, wirksame Maßnahmen dagegen zu ergreifen.

Das ist unser Vorschlag:

Bei Wohnungen im städtischen Eigentum die Mietsteigerung auf 6 Prozent in drei Jahren begrenzen.



IMPRESSUM

Backbord – Zeitung der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft

Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg • Telefon: 040 – 42831-2250

E-Mail: info@linksfraktion.hamburg.de | Web: www.linksfraktion-hamburg.de

Twitter/X: twitter.com/linksfraktionhh | Facebook: [fb.com/Fraktion.DIELINKE.Hamburg](https://facebook.com/Fraktion.DIELINKE.Hamburg)

Instagram: instagram.com/linksfraktionhh | TikTok: tiktok.com/@linksfraktionhamburg

V.i.S.d.P.: Heike Sudmann • Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Gestaltung: Karin Desmarowitz • www.karindesmarowitz.de

Fotos: Karin Desmarowitz (S. 2: Fraktionsvorsitzende, S. 3: Cornelia Kerth, S. 4-5: Holstenareal, Sternbrücke, Molotow, S. 5: Porträts Abgeordnete; S. 7: Porträt Wilkens/Nengal, S. 8: ver.di, Uni Hamburg, Azubi, Wohnen) | DGB Hamburg (S. 3: Tanja Chawla) | DIDF (S. 3: Emre Ögüt) | Martin Brinckmann (S. 4: Elbtower) | picture alliance/Christoph Hardt (S. 1: Demo gegen Rechts) | Mika Grunwaldt (S. 2: Demo gegen Rechts) | Naturwerkstatt Wilhelmsburg (S. 6: Ladenfotos)

Die Linke

Fraktion Hamburg